

# Pulsnitzer Tageblatt

Sammlung  
Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontostellen-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Amstettler Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Draße's Zeilenmaß 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — ei-  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Selbsteinziehung oder in Konturfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Abreisnachlaß in Anrechnung  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshaupten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 67

Sonnabend, den 20. März 1926

78. Jahrgang

**Pulsnitzer Bank**

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen

**Bareinlagen**

zu günstigen Sätzen

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Commerz- und Privat-Bank**

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

**Amthlicher Teil.**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Frenzel, Söcker & Co.**,  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pulsnitz ist zur Abnahme der Schlussrechnung des  
Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der  
Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über  
die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

den 12. April 1926, vormittags 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

Pulsnitz, den 19. März 1926.

Amtsgericht.

**Ankündigungen aller Art**

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ find von denkbar  
bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Die Regierungsparteien werden, wie die „Germania“ meldet,  
zum Schluß der außenpolitischen Aussprache des Reichstages  
eine Entschließung einbringen, in der die Haltung der deut-  
schen Delegation in Genf gebilligt wird. Die Entschließung  
werde in einer Form abgefaßt sein, die der Sozialdemokra-  
tie die Zustimmung ermöglicht.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, werden heute Sonnabend  
vormittags die Fraktionsführer der Sozialdemokraten und  
der Deutschnationalen vom Reichskanzler und Reichsaussen-  
minister empfangen werden. Desgleichen sind die Vertreter  
der Wirtschaftlichen Vereinigung für Sonnabend nachmittag  
in die Reichskanzlei gebeten.

Die „Postische Zeitung“ meldet aus London, daß das Ergebnis  
der Arbeitszeitkonferenz am Freitag abend vom englischen  
Arbeitsministerium veröffentlicht worden ist. Es hat die  
Form von authentischen Interpretationen der umstrittenen  
Begriffe und Bestimmungen des Washingtoner Abkommens  
über die 48 Stunden Woche.

Die Fluglinie Flensburg Westerland wird in den nächsten  
Tagen eröffnet werden. Das neue Verkehrsflugzeug, das  
den Verkehr übernehmen wird, ist in Flensburg eingetroffen.  
Der Genfer Berichterstatter der „Information“ glaubt zu wissen,  
daß der Völkerbundrat die Abrüstungskonferenz auf den  
17. Mai einberufen wird.

Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Athen: Die griechische  
Regierung hat sich nun gleichfalls dahin entschieden, daß sie  
einen Antrag auf Aufnahme als Ratsmacht in der Völker-  
bundtagung im Herbst einbringen will, sofern auch Rumä-  
nien ein Ratsmitglied anerkannt wird.

Der „Contra“ meldet aus Rio de Janeiro: Dem „Correio da  
Mancha“ zufolge kündigen die brasilianischen Senatoren Ro-  
jas und Caferos die Einbringung eines Antrags an die Re-  
gierung an, wonach deutsche Angebote bei der Vergebung  
öffentlicher Anleihen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen.

## Oberschlesiens Abstimmungsstief und die Folgen der Teilung.

Zum 5. Jahrestage der Abstimmung in  
Oberschlesien.

Am 20. März sind fünf Jahre verflossen, daß die Ober-  
schlesier jenen erhebenden Abstimmungsstief erfochten, der die  
Stärke und Kraft des deutschen Gedankens in der Süd-Oste-  
de des Reiches offenbarte und ein ungeteiltes Verbleiben  
dieses wertvollen deutschen Gebietsteiles bei Preußen und  
dem Reich erwarten ließ. Allen Verfolgungen, Wahlbeein-  
flussungen und Einschüchterungsversuchen zum Trotz bekann-  
ten sich damals 709 348 Oberschlesier zur deutschen Schicksals-  
und Kulturgemeinschaft. Ihnen standen nur 479 747 polnische  
Stimmen gegenüber. Ihre Zahl wäre höchstwahrscheinlich  
noch erheblich geringer gewesen, wenn nicht Terror und  
soziale Gegenstände das Wahlergebnis stark beeinflusst hätten.  
Aber die klare Mehrheitsentscheidung des ober-  
schlesischen Volkes wurde vom Völkerbundrat  
gründlich mißachtet. Im Widerspruch mit dem un-  
zweideutigen Volksauspruch füllte er auf Grund politischer  
Einflüsse am 20. Oktober 1921 in Genf jenen Entschluß, der  
die Einheit Oberschlesiens vernichtete und zur Quelle unoe-

## Am Montag Genfer Debatte im Reichstag

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über die Wirtschaftspolitik

Die Stimmung im Reichstag nicht  
einheitlich

4 Berlin. Der Ältestenrat des Reichstages  
hat die Arbeiten bis zur Osterpause verteilt und den Be-  
schluß gefaßt, daß am Montag um 11 Uhr die Beratung  
des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes  
beginnen soll, und daß damit die Debatte über Genf ver-  
bunden werden wird. Man nimmt an, daß diese Debatte  
etwa bis einschließlich Mittwoch dauern wird.

Die Etatsberatungen sollen dann möglichst am Sonn-  
abend, dem 27. März, abgeschlossen werden. Eventuell soll  
bis zum 31. März durchgetagt werden, da der Etat unbedingt  
bis zum 1. April erledigt sein soll.

Mit der Beratung des Etats des Reichskanzlers und des  
Auswärtigen Amtes am Montag beginnt die große politische  
Debatte, zu der alle Fraktionen rufen. Die Stimmung  
ist im Reichstag noch nicht einheitlich nach Frak-  
tionen festgelegt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion  
hat die Absicht, auf Grund von Mitteilungen, die man ent-  
weder noch in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses  
oder in einer Unterrichtung der Parteiführer durch den  
Reichskanzler und den Außenminister erwartet, genau zu  
prüfen und ihre Stellung von der sachlichen Haltung der  
Delegation in Genf abhängig zu machen. Die Deutschna-  
tionalen werden sich aber entweder gegen ein  
Vertrauensvotum, das der Reichskanzler unbedingt  
fordert, oder gar für ein Mißtrauensvotum aus-  
sprechen.

Der Reichskanzler hatte die Führer der Regierungs-  
parteien empfangen und eine Darlegung über das Ergebnis  
der Verhandlungen in Genf gemacht.

## Mißtrauensantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat be-  
reits folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Reichs-  
regierung bereit, angesichts des katastrophalen Zusammen-  
bruchs der Völkerbundpolitik in Genf sofort das Ein-  
trittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund zu  
rückzuziehen?“

Ferner hat die kommunistische Reichstagsfraktion be-  
schlossen, bei der bevorstehenden Debatte über den Außen-  
etat einen Mißtrauensantrag gegen das ge-  
samte Kabinett einzubringen.

Der Völkerbundrat löst sich in  
Kommissionen auf

Am 18. Mai tagt die Abrüstungskommission.

4 Genf. In der Sitzung des Völkerbundrates, in der  
die Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der  
Ratsfrage beschlossen wurde, wies der Vorsitzende Graf  
Tschii in seinem Bericht auf die Ereignisse der letzten vier-  
zehn Tage hin, die die Einsetzung einer beson-  
deren Kommission, die am 10. Mai zusammentreten  
soll, notwendig gemacht hätten. Der Rat hat infolgedessen  
beschlossen, eine Kommission zu diesem Zweck einzusetzen, die  
mit besonderer Aufmerksamkeit die bisher erhobenen Forde-  
rungen einzelner Mitglieder des Völkerbundes prüfen soll.  
Die Kommission wird die einzelnen Vorschläge, die der Rat  
oder die Vollversammlung bisher gemacht haben, prüfen.  
Der Kommission werden außer den zehn Vertretern des Rates  
folgende Staaten angehören: Deutschland, Argentinien, Chile,  
Polen und die Schweiz.

Ueber die Frage der Einberufung einer vorbereitenden  
Kommission für die

internationale Abrüstungskonferenz

berichtete der tschechische Außenminister Dr. Beneš. Er  
machte den Vorschlag, daß außer den Mitgliedern der ge-  
meinsamen Kommission vier weitere Mitglieder ernannt  
würden, die als Sachverständige in Industrie- und Verkehrs-  
fragen gelten könnten und die folgenden vier Staaten an-  
gehören müßten: Deutschland, den Vereinigten Staaten,  
Japan und der russischen Sowjetrepublik.  
Als Termin für die Zusammenkunft der vorbereitenden Kom-  
mission für die Abrüstungskonferenz wird von dem Rat der  
18. Mai festgesetzt. Die gemeinsame Kommission soll erst dann  
zusammentreten, wenn die vorbereitende Kommission für die  
Abrüstungskonferenz ihre Tagung festgesetzt hat.

Im weiteren Verlauf der Ratsitzung wurde die Bereit-  
willigkeit Amerikas, sich an dem Internationalen Gerichtshof  
zu beteiligen, behandelt. Um eine übereinstimmende Stel-  
lungnahme aller Völkerbundmitglieder zu dem amerika-  
nischen Standpunkt zu ermöglichen, beschloß der Rat auf  
Rumsch Chamberlains, am 1. September in Genf gemeinsam  
in einer besonderen Besprechung zwischen einem Vertreter  
der Vereinigten Staaten und von Vertretern anderer Völker-  
bundmitglieder die amerikanischen Vorbedingungen zu dis-  
kutieren.

Amerika zweifelt am Friedenswillen Europas.

4 London. Ueber den Inhalt des Berichtes, den der  
amerikanische Botschafter Houghton dem Präsidenten  
Coolidge und dem Staatssekretär Kellogg über die

